

Sicherheit durch Stärke

Beschluss des CSU-Parteivorstands

9./10. September 2016, Schwarzenfeld

Bayern ist das sicherste Land in Deutschland. In den vergangenen Jahren haben wir Bayerns Sicherheitsapparate kraftvoll ausgebaut. Aber auch bei uns hat sich die Sicherheitslage verschärft. Islamistischer Terrorismus, Extremismus, organisierte Kriminalität, Internet- und Computerkriminalität bedrohen unser Gemeinwesen. Ein starker Staat muss darauf Antworten geben.

Unsere Politik heißt Sicherheit durch Stärke. Die CSU ist die Partei der Inneren Sicherheit. Niemand kann der Bevölkerung absolute Sicherheit garantieren. Die CSU wird aber alles Menschenmögliche für umfassenden Schutz der Bevölkerung tun. Wir setzen alles daran, unsere Sicherheitslage weiter zu verbessern – durch eine optimale Ausstattung unserer Behörden mit Personal und Technik, die bundesweit beispiellos ist, und durch schärfere Gesetze.

Mehr Polizisten auf unseren Straßen und Plätzen. Bis 2020 schaffen wir zusätzliche 2.000 Polizeistellen in Bayern. Die Bayerische Polizei hat damit den höchsten Personalstand aller Zeiten. Wir erwarten vom Bund, dass er unserem Beispiel folgt und seine Sicherheitsdienste entsprechend stärkt. Um Sicherheit bestmöglich gewährleisten zu können, müssen unsere Einsatzkräfte vor Ort präsent sein.

Der Staat muss klare Kante gegen Kriminalität zeigen. Straftaten müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Wir statten die Justiz auf allen Ebenen personell besser aus – vom Justizwachtmeister über den Staatsanwalt bis hin zum Richter. Eine schnelle Rechtsprechung und ein konsequenter Vollzug des Rechts müssen in einem wehrhaften Rechtsstaat oberste Priorität haben. Eine noch stärkere Zentralstelle Cybercrime bei der Strafjustiz und zusätzliche Internetpolizisten sollen Internet- und Computerkriminalität bekämpfen und das „Darknet“ stärker überwachen. Das dient besonders dem Schutz unserer Kinder und verhindert rechtsfreie Räume im Internet.

Wir lassen Radikalisierung von Anfang an keine Chance. Unsere freie, offene Gesellschaft darf keine Radikalisierung dulden – sei es durch Salafisten, Islamisten, Linksextreme oder Rechtsextreme. Ein Frühwarnsystem muss Radikalisierungstendenzen frühzeitig aufdecken und dagegen vorgehen. Das in Bayern bestehende Netzwerk – das beste in Deutschland – wollen wir weiter ausbauen und auch das Umfeld von Gefährdern stärker sensibilisieren. Es muss ein Zeichen gesetzt werden gegen das Auftreten von Radikalisierung in der Öffentlichkeit: Wir dulden es nicht, wenn Salafisten unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit den Koran verteilen und Radikalisierung in unsere Gesellschaft tragen.

Beste Ausstattung für unsere Polizei im Anti-Terrorkampf. Die Polizei soll weiterhin mit modernster Ausrüstung ausgestattet werden. Mit ballistischen Helmen, neuartigen Schutzwesten, modernen Dienstwaffen und gepanzerten Fahrzeugen schützen wir die, die uns schützen.

Mehr Videoüberwachung gegen Kriminelle. Bahnhöfe, der öffentliche Nahverkehr oder gefährliche Orte müssen besser überwacht werden. Das ist unverzichtbar, um Straftaten noch stärker zu verhindern. Software zur Gesichtserkennung soll die Sicherheit erhöhen und die Fahndung nach Terroristen erleichtern.

Internationale Kriminalität mit internationalen Allianzen bekämpfen. Die Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden über Länder- und nationale Grenzen hinweg muss sichergestellt sein. Nur durch eine enge Koordinierung kann der Kampf gegen die erschreckende Kriminalität zum Beispiel mit synthetischen Drogen gewonnen werden. Informationen müssen dorthin gelangen, wo sie gebraucht werden. Die EU muss dafür sorgen, dass alle EU-Mitgliedsstaaten ihre nachrichtendienstlichen und polizeilichen Datenbanken vernetzen. Die deutsche Bundesregierung muss sie dabei unterstützen.

Keine Chance für Hacker. Unsere Infrastruktur muss vor Internet-Attacken geschützt werden. Wir werden weitere Maßnahmen zum Schutz der IT-Systeme des Freistaats ergreifen und den Schutz von Wirtschaft, Forschung und kritischen Infrastrukturen vor Cyber-Attacken erhöhen.

Der Rechtsstaat darf nicht hinter den Möglichkeiten seiner Feinde zurückbleiben. Dafür müssen die Befugnisse des Rechtsstaats erweitert werden. Wir brauchen die notwendigen Rechtsgrundlagen wie etwa zur Entschlüsselung von Kommunikationsdaten. Ein Rechtsstaat, dem auf der Nase herumgetanzt wird, ist kein Rechtsstaat. Wir erwarten dringend, dass auch der Bund und Europa offensiv agieren.

Wir wollen die Bundeswehr im Anti-Terror-Kampf einsetzen. Unsere Bundeswehr muss im Innern eingesetzt werden können. Terroristen schrecken nicht mehr vor dem Einsatz schwerer Kriegswaffen zurück. Unsere Soldaten sollen im Extremfall unterstützen, wenn die Polizei an die Grenzen ihrer Kapazitäten oder ihrer Möglichkeiten gelangt – besonders bei Terrorattacken und der Grenzsicherung. Eine Änderung des Grundgesetzes soll das klarstellen.

Kein deutscher Pass für Terroristen. Wir können nicht tolerieren, dass Extremisten an Kampfhandlungen terroristischer Organisationen in Krisengebieten teilnehmen oder sich dafür ausbilden lassen. Solchen Extremisten muss der deutsche Pass entzogen werden. Wenn sie neben der deutschen eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, soll ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden.

Einbrecher gehören hinter Gitter. Wir wollen eine Mindeststrafe für Wohnungseinbrecher von einem Jahr. Wohnungseinbrüche stellen einen tiefen Eingriff in die Privatsphäre der Opfer dar. Daher sollen Einbrüche künftig als Verbrechen gelten. Einbrecher müssen härter bestraft werden und automatisch eine Freiheitsstrafe erhalten.

Verkehrsdatenspeicherung gegen Kriminelle und Terroristen ausweiten. Digitale Spuren sollen sechs Monate gespeichert werden. Die derzeitige Frist von zehn Wochen ist nicht praxistauglich und hemmt komplexe Ermittlungen. Anbieter von E-Mail-Diensten und Betreiber Sozialer Medien sollen verpflichtet werden, Verkehrsdaten zu speichern. Bei Verdacht auf Terrorismusfinanzierung müssen digitale Spuren genutzt werden können. Auch im Bund und anderen Ländern muss der Verfassungsschutz – wie in Bayern – befugt werden, Vorratsdaten zu nutzen.

Werbung für Terror und Gewalt muss bestraft werden. Werbung für terroristische und kriminelle Vereinigungen ist Werbung für Terror und Gewalt. Es muss schon im Ansatz verhindert werden, dass Menschen durch terroristische Aktivitäten zu Schaden kommen. Dazu muss die Sympathiewerbung wieder unter Strafe gestellt werden. Terroristischen Vereinigungen muss schneller der Geldhahn zugedreht werden können, Vermögensentziehungen müssen erleichtert werden.

Elektronische Fußfesseln für Gefährder. Verurteilte Extremisten und Gefährder müssen mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden. Das ist notwendig, um Gefahren abzuwehren. Dazu werden wir im Land die entsprechenden Rechtsgrundlagen schaffen und solche auch auf Bundesebene einfordern.

Wer einen Polizisten angreift, greift uns alle an. Gewalt gegen Polizisten muss härter bestraft werden. Gewalttätige Angriffe auf Polizisten, Justizbedienstete und Rettungskräfte haben wesentlich schärfere Strafen verdient. Das derzeitige Strafmaß entspricht nicht annähernd dem Unrechtsgehalt tätlicher Angriffe auf Repräsentanten unseres Staates. Unsere Sicherheits- und Rettungskräfte verdienen Respekt und Wertschätzung. Gewalttätige Angriffe müssen mit mindestens sechs Monaten Freiheitsstrafe geahndet werden.